

N i e d e r s c h r i f t

JHA/003/2010

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 25.03.2010**

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied / Vorsitzender
--------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Herr Achim Bietmann	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied / Stellv. Vorsitzender
Frau Nina Hoffmann		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Ingrid Klammann		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Thomas Rickert	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Rühling	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Maria Schütz		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

beratende Mitglieder:

Herr Georg Friemel-Brüggemann	Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Herr Harald Klamann	Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Herr Bernhard Mersch	Ausschussmitglied f. Schulen
Herr Sebastian Reimann	Ausschussmitglied f. Katholische Kirche
Herr Ludger Schöpfer	Leiter des Jugendamtes
Herr Bernhard Wilbers	Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung

Verwaltung:

Herr Ewald Piepel	Produktverantwortlicher
Herr Raimund Gausmann	Produktverantwortlicher
Herr Wolfgang Neumann	Produktverantwortlicher
Herr Hubert Lammerding	Stellv. Schriftführer
Herr Manfred Kösters	Schriftführer

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

- 1. Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung mit dem Schulausschuss am 28. Jan. 2010 und Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung am 25. Feb. 2010**

0:01:20

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschriften werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in den öffentlichen Sitzungen am 28. Jan. 2010 und 25. Feb. 2010 gefassten Beschlüsse

0:03:30

Frau Ehrenberg berichtet, die Beschlüsse seien ausgeführt. Eine gesonderte Berichterstattung liegt nicht vor.

3. Informationen

0:04:00

Außer den gedruckten Informationen liegen keine weiteren Informationen vor.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

0:04:30

Herr Friemel-Brüggemann berichtet kurz aus der letzten Sitzung des alten Familienbeirates.

**5. Besetzung des Familienbeirates
Vorlage: 167 / 10**

0:06:00

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage. Wortmeldungen zur Vorlage erfolgen nicht.

Beschluss:

Auf Empfehlung der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Bildung des Familienbeirates benennt der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine folgende Personen als Mitglieder, bzw. stellvertretende Mitglieder für den Familienbeirat:

A: Mitglieder

Baars, Cornelia

Friemel-Brüggemann, Georg

Hiltenkamp, Barbara

Hölzen, Anna

Kraft, Manfred

Löcke, Norbert

Paeye, Ulrike

Schumacher, Gerd

Tiekötter, Bärbel

Wensing, Sabine

B: stellvertretende Mitglieder

Annas, Heinrich

Banholzer, Claudia

Bayer-Kminikowski, Dorota

Blömker, Ingo

Fruhner, Michael

Ganesalingam, Thuraishamy

Grotschulte, Susanne

Kermaschek, Sandra

Wrasmann, Tanja

Zimoch, Holger

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Nachbenennung von Mitgliedern für die Unterausschüsse "Jugendhilfeplanung / Jugendarbeit / Kindertageseinrichtungen" und "Kinderspielplätze" Vorlage: 176 / 10

0:07:00

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage.

Frau Alves als Vertreterin des Integrationsrates erklärt, dass Sie noch keine Absprache mit ihrer persönlichen Vertreterin Frau Durgun habe treffen können.

Herr Fühner schlägt daraufhin vor, den Beschluss zurückzustellen.

7. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung Vorlage: 171 / 10

0:09:00

In Ergänzung der Vorlage verliest Frau Ehrenberg zunächst folgende Information:

Kostenentwicklung im Bereich „Ausbau der U3-Plätze“

Die Umsetzung des U3-Ausbauprogrammes wird bekanntlich mit erheblichen Bundes- und Landesmitteln mitfinanziert. Hierfür wurden in der Förderrichtlinie Festbeträge festgelegt, die sich wie folgt staffeln:

Neu- und Erweiterungsbauten einschl. Einrichtung	20.000,00 € pro Platz
Umbauten	8.500,00 € pro Platz
Einrichtungskosten	3.500,00 € pro Platz

Eine Vielzahl der bisher gestellten Anträge bewegte sich auch im Rahmen der Festbetragsregelungen. Auf der Basis der Festbeträge sind auch die Mittel im Haushalts- und Finanzplan der Stadt Rheine veranschlagt worden.

I. Nunmehr stellt sich heraus, dass es U3-Maßnahmen gibt, die in Kombination mit Sanierungsarbeiten durchgeführt werden sollen

In diesem Zusammenhang sind 3 Anträge zu nennen, die mit einem Sanierungsaufwand von insgesamt 330.000,00 € beziffert werden. Bei den beantragten Maßnahmen konnte in allen Fällen durch die Träger die besondere Dringlichkeit der jeweiligen Maßnahme nicht im Detail beschrieben werden. Vielmehr können die Maßnahme wohl nur als wünschenswert beschrieben werden.

Sanierungsmaßnahmen wurden bislang stadtseitig nur dann finanziert, wenn gleichzeitig eine Landesmittelförderung erfolgt. Eine Landesmittelförderung für die 3 Maßnahmen ist auszuschließen, weil die besondere Dringlichkeit nicht beschrieben werden kann.

In dem Wissen, dass eine Landesmittelförderung nicht zu erwarten ist, haben die beteiligten konfessionellen Träger jedoch angeboten, die Sanierungskosten zu 50 % aus Trägermitteln zu finanzieren. Die restlichen 50 % sollen von der Stadt Rheine finanziert werden. Haushaltsmittel stehen hierfür jedoch nicht zur Verfügung.

II: Aktuelle Sachstände zu den im Bereich links der Ems beschlossenen Anbauten

Anbau einer Gruppe am Jakobi-Kindergarten und Umwandlung von 2 Gruppen der Gruppenform III in die Gruppenform I

Die Planung wurde in einem Gespräch am 19. 03. 2010 vorgestellt. Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor. Sowohl seitens der Architekten als auch des Trägers wurde deutlich gemacht, dass eine Finanzierung im Rahmen der Festbeträge des Landes nicht auskömmlich sein wird. In einem weiteren Gespräch am 07. 04. 2010 sollen die Gesamtkosten vorgestellt und eine Finanzierungsregelung erarbeitet werden.

Anbau einer Gruppe am Janusz-Korczak-Kindergarten

Auch hier wurden in einem Gespräch am 19. 03. 2010 erste Planungsschritte vorgestellt. Die Vertreter des Architekturbüros wiesen deutlich darauf hin, dass die Pauschalen nicht auskömmlich seien. Zudem sei hier zu bedenken, dass mit Realisierung der Maßnahme für das gesamte Gebäude ein neues Brandschutzkonzept erarbeitet und umgesetzt werden müsse. Hier ist mit erheblichen Kosten zu rechnen.

Anbau einer Gruppe an der Caritas-Kindertagesstätte Ellinghorst

Der Anbau der 4. Gruppe verursacht Kosten in Höhe von insgesamt 335.250,00 €. Durch die Festbetragsregelung sind 260.000,00 € finanziert. Die restlichen 75.000,00 € trägt der Träger allein.

Anbau einer Gruppe am St. Gertrud-Kindergarten

Der Anbau der Gruppe erfordert nach der am 22. 03. 2010 vorgelegten Planung einen erheblichen Umbaubedarf im Bestand. Ferner sind Sanierungsmaßnahmen unumgänglich. Dem Förderbetrag für die eine Gruppe der Gruppenform II in Höhe von 240.000,00 € steht eine Kostenschätzung ohne Einrichtungskosten in Höhe von 795.000,00 € gegenüber. Die Finanzierungslücke beträgt nach vorläufigen Berechnungen 555.000,00 €, die zur Hälfte von der Stadt getragen werden sollen.

Zusammenfassung:

- I. Es stellt sich die Frage, wie mit wünschenswerten Sanierungsmaßnahmen umgegangen werden soll, für die keine Landesmittel bewilligt werden.
- II. Die Umsetzung des U3-Ausbauprogrammes in bestehenden Einrichtungen wird auch unter ausschließlicher Berücksichtigung des unbedingt notwendigen Kosten verursachen, die mit den Festbeträgen des Landes nicht zu decken sind. Es stellt sich die Frage, ob unter Berücksichtigung der tlw. erheblich über den Festbeträgen liegenden Ausbaukosten nach wie vor ausschließlich die Erweiterung bestehender Einrichtungen diskutiert werden soll, oder ob alternativ die erforderlichen Plätze durch Neubaumaßnahmen im Rahmen von Investorenmodellen geschaffen werden sollen.

Es folgen nun die Wortbeiträge zur Vorlage.

Herr Kohnen teilt mit, dass die CDU-Fraktion weiterhin Neubauten grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe. Vorrang hätten Anbauten an bestehende Einrichtungen. Für vorübergehende Bedarfsspitzen sollten mobile Raumsysteme ausdrücklich in die Prüfung mit aufgenommen werden. Auch sollten Gespräche mit den Trägern, die derzeit ihre Einrichtungen erweitern möchten, mit dem Ziel gesucht werden, ob sie trotz eines evt. Neubaus im Wohnpark Dutum ihre Anbaupläne aufrechterhalten.

Herr Hemelt führt für die SPD-Fraktion aus, dass diese ebenfalls den Neubau einer Einrichtung nur ganz nachrangig sehen. Absoluten Vorrang hat die Trägersicherheit der vorhandenen Träger. Deren jetzige Ausbauplanungen und Investitionen müssten langfristig sichergestellt sein.

Ferner wünscht Herr Hemelt zukünftig eine differenziertere Betrachtung der Planungsbezirke. Insbesondere für den Planungsbezirk Südraum wünscht er die Aufteilung nach Mesum, Elte und Hauenhorst.

Herr Schöpfer weist darauf hin, dass eine kleingliedrigere Betrachtung der vorliegenden Planungsbezirke auf Grund der dann zu geringen Grundgesamtheiten nicht belastbar sei. Je kleingliedriger die Planung, desto ungenauer würde sie. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, dass die Gesamtprognose in der Regel stimmen, dass es aber zwischen den Planungsbezirken schon Abweichungen gegeben habe. Würde man diese Planungsbezirke noch weiter aufteilen, gäbe es noch mehr Abweichungen. Bei diesen kleingliedrigen Prognosen käme der Faktor Zufall hinzu. Eine belastbare Grundlage für die Entscheidung über Investitionen wäre nicht mehr gegeben.

Herr Lammerding beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zum Planungsbericht. Der Planungsbericht enthält kleinere Übertragungsfehler zwischen Tabellen; das abschließende Ergebnis ist aber richtig wiedergegeben. Der korrigierte Bericht ist zusammen mit der Berechnungsformel für die Fruchtbarkeitsziffer als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

Frau Ehrenberg macht den Vorschlag, die weitere Planung kurzfristig in einem Arbeitskreis/ Runden Tisch zu besprechen.

Thema soll sein: Ist- und Bedarfsanalyse. Wo sind Anbauten möglich? Wie sind die Raumprogramme? Braucht die Stadt Rheine noch einen Neubau einer weiteren Einrichtung?

Herr Fühner fasst die einzelnen Beiträge zu einem abweichenden Beschlussvorschlag zusammen, über den er dann abstimmen lässt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. für den **Planbereich Rheine links der Ems**
sowohl weitere Ausbauvarianten in bestehenden Einrichtungen im Rahmen von Trägersprachen abzuklären,
als auch einen Neubau im Wohnpark Dutum in Form eines Investorenmodells zu prüfen. Vorrang vor einem Neubau haben auf jeden Fall mögliche Anbauten an bestehende Einrichtungen, insbesondere der Einsatz von mobilen Raumsystemen soll geprüft werden.
2. Die Kindergartenbedarfsplanung soll eine differenziertere Betrachtung der Planungsbezirke beinhalten.
3. Es wird ein gemeinsamer Runder Tisch für das gesamte Stadtgebiet aus Trägervertretern, Politik und Verwaltung mit dem Ziel eingerichtet, nach einer Ist- und Bedarfsanalyse die Frage beantworten zu können, braucht die Stadt Rheine noch einen Neubau einer weiteren Einrichtung?

8. Gewährung eines Zuschusses an die Kath. Kirchengemeinde Heilig Kreuz für die Aufstellung eines mobilen Raumsystems am St. Bonifatius-Kindergarten
Vorlage: 173 / 10

0:43:00

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage. Ohne weitere Wortmeldung ergeht folgender **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, der Kath. Kirchengemeinde Heilig-Kreuz einen Zuschuss in Höhe von 7.350,00 € zu gewähren. Der Beschluss gilt unter dem Vorbehalt, dass der Träger 50 % der Auf- und Rückbaukosten übernimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Frühe Hilfen - Einführung Elternbegleitbuch
Vorlage: 169 / 10

0:44:30

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage.

Herr Hemelt gibt die Meinung der SPD-Fraktion wieder, die aus fachlicher Sicht der Einführung des Elternbegleitbuches zustimmen. Die SPD-Fraktion sieht jedoch großen Diskussionsbedarf hinsichtlich der vorliegenden Angebote und der Finanzierung des Elternbegleitbuches. Die Landesministerien von Herrn Laumann und Herrn Laschet hätten entgegen ihrer Zusage vom Januar 2007 keine Mittel für den Druck und die Verteilung des Elternbegleitbuches zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung möge eine entsprechende Anfrage bei den Ministerien stellen und zeitnah über diese Anfrage berichten.

Der Wunsch von Herrn Hemelt, die vorliegenden Angebote schon vor der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses einzusehen und zu bewerten, wird kontrovers diskutiert, schlussendlich aber zurückgestellt.

Um die Aussagen in der Vorlage, welche Verfahrensschritte die Verwaltung für die nächste Sitzung für die nächste Sitzung am 24.06.2010 vorgesehen hat, zu unterstreichen, wird der Beschlussvorschlag um den Begriff „zustimmend“ ergänzt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

**10. Bestätigung der Empfehlungsbeschlüsse des Unterausschusses
"Kinderspielplätze"
Niederschrift Nr. 1 der Sitzung am 1. März 2010
Vorlage: 051 / 10**

1:00:30

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage. Ohne weitere Wortmeldung ergeht folgender **Beschluss**:

Der Jugendhilfeausschuss erhebt die Empfehlungen des Unterausschusses „Kinderspielplätze“ analog der der Einladung beigefügten Niederschrift Nr. 1 der Sitzung vom 1. März 2010 zu Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Bestätigung der Empfehlungsbeschlüsse des Unterausschusses
"Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten"
Niederschrift Nr. 1 der Sitzung am 10. Februar 2010
Niederschrift Nr. 2 der Sitzung am 8. März 2010
Vorlage: 177 / 10**

1:01:30

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage. Ohne weitere Wortmeldung ergeht folgender **Beschluss**:

Der Jugendhilfeausschuss erhebt die Empfehlungen des Unterausschusses „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten“ analog der der Einladung beigefügten Niederschrift Nr. 1 der Sitzung vom 10. Februar 2010 und Nr. 2 der Sitzung am 8. März 2010 zu Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Fortführung des offenen Treffs "Café Sonnenwende"
Vorlage: 178 / 10**

1:02:00

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage.

Herr Kohlen begrüßt für die CDU-Fraktion die Vorlage der Verwaltung.

Herr Neumann beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zur Vorlage. Insbesondere das fehlende Konzept für den neuen Standort wird in einigen Anmerkungen kritisiert.

Aufgrund des engen Zeitplanes wird jedoch deutlich, dass eine Konzeptvorstellung im Jugendhilfeausschuss vor Baubeginn nicht mehr möglich ist, sondern das ganze Projekt gefährden würde. Der Beschlussvorschlag solle aber um die Maßgabe der Konzeptvorstellung erweitert werden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, der katholischen Kirchengemeinde St. Dionysius einen Zuschuss zu den Investitionskosten für die Fortführung der offenen Jugendarbeit des offenen Treffs „Café Sonnenwende“ zu gewähren.

Für den Umbau des im Gebäude der ehemaligen Volkshochschule für diesen Zweck vorgesehenen Teilbereichs wird eine Beihilfe in Höhe von 50 % der Gesamtkosten, maximal jedoch 38.962 € zur Verfügung gestellt.

Die Auszahlung erfolgt in fünf gleichen Raten in den Jahren 2011 bis 2015.
Die Zweckbindung beträgt 25 Jahre.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Katholischen Jugendwerk Rheine e.V. im Rahmen des Betriebskostenzuschusses zusätzliche 4.000 € jährlich für den Erbbauzins, der als Mietersatz an die Kirchengemeinde St. Dionysius zu zahlen ist, zu gewähren.

Die Zuschussgewährung wird mit der Maßgabe verbunden, dem Jugendhilfeausschuss das Konzept für die Fortführung der offenen Jugendarbeit des „Café Sonnenwende“ an dem neuen Standort vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen

**13. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2010 - 2013, Fachbereich Jugend, Familie und Soziales, Produktgruppe Jugendamt
Vorlage: 158 / 10**

1:15:45

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Die CDU Fraktion schlägt vor, dem vorliegenden Antrag des Stadtjugendringes auf Rücknahme der Kürzungen in dem Produkt 2104 nur zu einem Teil zu folgen.

Es solle nicht wie beantragt die Kürzung schon für dieses Haushaltsjahr 2010 rückgängig gemacht werden, sondern erst die im Finanzplan enthaltenen weiteren Kürzungen ab 2011.

Die SPD-Fraktion schlägt vor, den Antrag des Stadtjugendringes unverändert zu unterstützen. Die Rücknahme der Kürzungen sei fachlich geboten. Allerdings könne die SPD-Fraktion auch keinen Einsparvorschlag zur Deckung dieser Mehrausgaben machen. Sie schlägt daher vor, dass der HFA bei seiner Eckdatenüberprüfung auf Grund dieser fachlichen Empfehlung des Jugendhilfeausschusses die zusätzlich erforderlichen Mittel ausschussübergreifend bereitstellt.

Mehrbedarf im Produkt 2104 für 2010: 29.400 Euro
Mehrbedarf im Produkt 2104 für 2011 ff: 58.800 Euro

Dieser Beschlussvorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Weitere Anträge zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf werden nicht gestellt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs Jugend, Familie und Soziales Produktgruppe Jugendamt unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Beratung Stellenplan 2010 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produktgruppe Jugendamt
Vorlage: 068 / 10**

1:24:00

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage und ergänzt den vorgelegten Stellenplan dahingehend, dass eine 0,5 Stelle von S 11 nach S 14 verschoben werden müsse.

Wortmeldungen zur Vorlage erfolgen nicht.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den als Anlage 2 beigefügten Stellenplan des Fachbereiches Jugend, Familie und Soziales, Produktgruppe Jugendamt mit der Änderung „0,5 Stelle von S 11 nach S 14 zu verschieben“ in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

1:26:00

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

16. Anfragen und Anregungen

1:26:30

Anfragen und Anregungen werden nicht gestellt.

Ende der Sitzung:

18:30 Uhr

Fühner
Ausschussvorsitzender

gez
Kösters
Schriftführer